

Datum: 31.08.2026
TB I 9686-720

Vorlage zur Sitzung des Verwaltungsrates

Sitzungstag: 23.09.2026	TOP: I.4	Drucksache-Nr. 2026/EUV/025
--	---------------------------	--

☒ **Öffentliche Sitzung**

☐ **Nichtöffentliche Sitzung**

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Verwaltungsrat EUV	23.09.2026	4

Betreff:

Feststellung der Jahresrechnung 2025 und Entlastung des Vorstandes

**Finanzielle Auswirkungen
gem. Wirtschaftsplan**

☐ ja

Gesamtkosten €

☐ nein

Förderung €

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsrat nimmt den Jahresabschluss 2025 sowie den Prüfbericht der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft zur Kenntnis und beschließt wie folgt:

- a.) Die Jahresrechnung 2025 des EUV Stadtbetrieb wird festgestellt.
- b.) Der zum 31.12.2025 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 983.052,20 EUR wird wie folgt verwendet:
Unter Verrechnung des Gewinnvortrags von 4.481.297,11 EUR aus dem Jahr 2024 wird der Betrag in Höhe von 5.464.349,31 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.
- c.) Der Vorstand des EUV wird uneingeschränkt entlastet.

Brigadski

Weskamp

Sachverhalt:

Gemäß § 27 der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung – KUV) sowie § 11 und § 5 Abs. 2 Ziffer 10 der Kommunalunternehmenssatzung hat der Vorstand des EUV Stadtbetrieb Castrop-Rauxel den Jahresabschluss aufzustellen und dem Verwaltungsrat nach Durchführung der Abschlussprüfung zur Feststellung vorzulegen. Dabei ist zu beachten, dass im Rahmen des Beschlusses auch über die Entlastung des Vorstandes zu entscheiden ist.

Durch Beschluss des Verwaltungsrates vom 01.10.2025 (Drucksache: 2025/EUV/041) wurde der Jahresabschluss 2025 des EUV Stadtbetrieb Castrop-Rauxel der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft zur Prüfung übergeben.

Insgesamt zeigten sich die wesentlichen gebührenrelevanten Betriebe Straßenreinigung/Winterdienst sowie Stadtentwässerung im mittelfristig stabilen Bereich. Der gebührenrelevante Bereich Abfallsorgung hat aufgrund von gestiegenen Kreisabfallgebühren ein negatives Ergebnis erwirtschaftet. Nachfolgend wird auf die Entwicklung der Rahmenbedingungen eingegangen. Der Jahresüberschuss beträgt für das Jahr 2025 insgesamt 983 Tsd. EUR. Nachfolgend werden die wesentlichen Daten als Auszug aus dem Prüfbericht erläutert.

Wirtschaftliche Kennzahlen:

- Die konsolidierten Umsatzerlöse des Gesamtbetriebes betrugen im Berichtsjahr 38,9 Mio. EUR, was einem Anstieg von rund 3,3 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.
- Der Personalaufwand stieg aufgrund der Übernahme der Bereiche Stadtgrün und Friedhöfe um 40,7 %, die Abschreibungsaufwendungen erhöhten sich um 4,7 % im Vergleich zum Vorjahr.
- Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Mio. EUR auf 182,3 Mio. EUR, was insbesondere auf den Zugang für Verbindlichkeiten aus Gebührenrückstellungen zurückzuführen ist.
- Das Eigenkapital des Gesamtbetriebes erhöhte sich um 4,99 %, von 19,7 Mio. EUR (2024) auf 20,7 Mio. EUR (2025).
- Die Eigenkapitalquote stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 11,3 %. Unter Einbeziehung von 50 % der Sonderposten ergibt sich ein Wert von 15,3 % (Vj.: 15,1 %).
- Die Sonderposten beinhalten Zuwendungen, Kanalanschlussbeiträge sowie übernommene Anlagen.

Rahmenbedingungen und Ausblick:

Die anhaltenden geopolitischen Spannungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, beeinflussten auch im Jahr 2025 die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und weltweit. Die daraus resultierenden Unsicherheiten wirkten sich weiterhin auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus.

Darüber hinaus belasteten die handelspolitischen Maßnahmen der US-Regierung unter Präsident Donald Trump sowie die damit verbundenen Unsicherheiten die internationalen Handelsbeziehungen und die globalen Konjunkturaussichten. Dies führte in vielen Branchen zu einer zurückhaltenden Investitions- und Geschäftsentwicklung.

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Für 2026 prognostiziert die Bundesregierung einen weiteren Anstieg um rund 2,7 %, bedingt durch geopolitische Unsicherheiten, steigende Löhne und strukturelle Preissteigerungen. Im ersten Quartal 2026 zeichnete sich bereits eine Erhöhung ab.

Entwicklung der Gebührenhaushalte:

Im Bereich des Gebührenhaushalts „Abfallentsorgung“ bleibt der Gebührensatz für das Jahr 2026 stabil und wurde entsprechend den fortgeschriebenen Wirtschaftsplänen auf dem Niveau des Vorjahres festgesetzt. In der „Stadtentwässerung“ wurden sowohl die Schmutzwasser- als auch die Niederschlagswassergebühr angehoben. Im Bereich „Straßenreinigung/Winterdienst“ wurden die Gebühren für den Winterdienst und die Straßenreinigung ebenfalls leicht angehoben.

Das Ergebnis des Gesamtbetriebes im Jahr 2026 wird weiterhin maßgeblich durch die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den fortdauernden Konflikten im Nahen Osten beeinflusst.

Finanzplanung:

Der Vermögensplan 2026 sieht einen Kapitalbedarf in Höhe von 26 Mio. EUR vor – gegenüber 22 Mio. EUR im Vorjahr. Hauptursache ist der erhöhte Investitionsbedarf im Bereich Kanalbau.

Die mittelfristige Finanzplanung (2026–2030) berücksichtigt:

- allgemeine Preissteigerungen Dritter,
- Erhöhungen der Kreisgebühren für die Abfallentsorgung,
- steigende Beiträge an die Emschergenossenschaft

Prüfbericht:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts für 2025 liegt vor. Die Rödl & Partner GmbH hat im Rahmen der Prüfung keine Einwände festgestellt und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der verantwortliche Wirtschaftsprüfer wird in der Verwaltungsratssitzung zur Prüfung der Basisdaten vortragen und steht anschließend für Rückfragen zur Verfügung.

Weiterer Bericht in der Sitzung.

Anlage:

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2025 (digital)